

**Niederschrift der 13. Sitzung des Sozialausschusses des Stadtrates der
Stadt Wanzleben – Börde am 28.11.2016 – öffentlicher Teil**
AZ:101310.16.01-13

Beginn: 19:04 Uhr
Ende: 20.45 Uhr
Ort: Rathauskeller, Markt 1-2, OT Stadt Wanzleben
Anwesend: Herr Schmidt (Ausschussvorsitzender), Frau Rummel, Frau Behne,
Frau Wiese, Herr Hoße, Herr Telschow (Stadträte),
Frau Graßhoff, Herr Quabs, Herr Jackowicz (sachkundige Einwohner)
Frau Dammering - Amtsleiterin Ordnungsamt
Herr Pluntke - SB Ordnungsamt / Protokollant
Gäste: Frau Schindler - MdL
Herr Krull - MdL
Frau Krug – Volksstimme
15 Bürgerinnen und Bürger

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift (öffentlicher Teil) der Sitzung des Sozialausschusses vom 12.09.2016
4. Diskussion zum Kinderförderungsgesetz (KiFöG) (eingeladen MdL Herr Tobias Krull)
5. Anfragen, Anregungen, Mitteilungen der Mitglieder des Sozialausschusses

Nichtöffentlicher Teil:

6. Genehmigung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) der Sitzung des Sozialausschusses vom 12.09.2016
7. Anfragen, Anregungen, Mitteilungen der Mitglieder des Sozialausschusses

**TOP 1 - Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der
Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Schmidt

- begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die zahlreich erschienen Gäste.
- eröffnet die Sitzung und trifft folgende Feststellung: mit 6 Stadträten und 3 sachkundigen Einwohnern ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 2 - Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Schmidt

- stellt die Tagesordnung zur Diskussion.
- Änderungsanträge werden nicht gestellt

Abstimmung über die Tagesordnung: 6/3 x ja (einstimmig)

TOP 3 - Genehmigung der Niederschrift (öffentlicher Teil) der Sitzung des Sozialausschusses vom 12.09.2016

Herr Schmidt

- fragt nach Einwendungen. - keine

Abstimmung über die Niederschrift,

öffentlicher Teil: 6 x ja (5/1), 0 x nein, 3 x Enthaltungen (1/2)

**TOP4 - Diskussion zum Kinderförderungsgesetz (KiFöG)
(eingeladen MdL Herr Tobias Krull)**

Herr Schmidt

- stellt den Antrag, auch den anwesenden Gästen Fragen zu erlauben.
- die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig dafür aus.
- belehrt die anwesenden Gäste, sich entsprechend zu verhalten und sachliche Fragen zu stellen.
- bedankt sich bei Herrn Krull und übergibt ihm das Wort.

Herr Krull

- stellt sich vor, ist seit März 2016 Mitglied des Landtages.
- begleitet in seiner Fraktion das Gesetzesvorhaben KiFöG.
- nach der Landtagswahl wurde ein 100 Tage-Programm beschlossen, so dass die Gemeinden ca. 21 Mio. Euro mehr zur Verfügung haben.
- ist sich bewusst, dass dennoch das KiFöG sehr umstritten ist.
- seit 2013 gab es immer wieder Diskussionen, bspw. zu den Zuständigkeiten.
- es haben viele Landkreise noch keine Verträge mit den Trägern geschlossen, da es unterschiedliche Definitionen gibt, was ein Kita-Platz kostet (950 € bis 1.800 €).
- der Landtag muss versuchen allen unterschiedlichen Gegebenheiten gerecht zu werden.
- das Land steckt zurzeit 275 Mio. Euro und im nächsten Jahr 300 Mio. Euro in die Kinderbetreuung, dieses Geld geht an die Landkreise, die wiederum ihren Anteil dazu geben, der Rest kann dann zu 50/50 auf Eltern und Gemeinde aufgeteilt werden.
- viele Gemeinden verzichten darauf 50 % zu nehmen, um die Eltern nicht zu belasten.
- Stichwort ist die Höhe des Kindergeldes, was die Höhe der Platzkosten betrifft.
- zum 01.01.2018 soll das Gesetz nach Willen der Koalition so geändert werden, dass 4 Ziele erreicht werden: 1. Änderung Fachkraft/Kindrelation, 2. Suche von Kostendämmungsmöglichkeiten, 3. Einpreisung der Vertretungs- und Krankheitszeiten, 4. Finanzierungswege nachvollziehbar und kalkulierbar zu gestalten.
- es müssten zwischenzeitlich alle Vertreter der Einrichtungen Fragebögen erhalten haben. Ihm ist bewusst, dass der Zeitraum ungünstig ist und ursprünglich die Abfrage im August erfolgen sollte, hofft dennoch auf eine sehr hohe Resonanz.
- glaubt nicht an Einsparungen, da die Geburtenrate steigt, mehr Kinder gleich mehr Kosten.
- zu klären wird auch sein, wer wird zuständig sein Landkreise oder Gemeinde, er kann sich vorstellen, dass die Gemeinden wieder zuständig sein wollen.

Frau Dammering

- die Kosten sind durch die Übernahme durch den Landkreis mehr oder weniger stark gestiegen.

Herr Krull

- die Kalkulationsgrundlage ist das Problem, nur wenige können sagen, wie sich die Platzkosten zusammensetzen.
- ein weiteres Problem ist die Betreuung von Kindern mit Behinderungen, hier streitet man sich über die Zuständigkeiten.
- das Thema der Gesundheitsmeldungen soll auch noch einmal besprochen werden.
- ein großer Diskussionspunkt ist der Rechtsanspruch der Betreuungsstunden, momentan 10 h pro Tag/50 h pro Woche, bezahlt werden vom Land über die Pauschalen aber nur 8 h.
- es soll mehr Qualität in den Kitas erreicht werden, aber es soll nicht teurer werden.
- wünscht sich Fragen, die in Richtung Landespolitik mitgenommen werden können.

Herr Schmidt

- bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Frau Dammering

- viele Baustellen, die Anforderungen sollen immer mehr werden, beim Stichwort Inklusion muss man feststellen, dass die Einrichtungen nicht dafür ausgelegt sind.
- auch im Hortbereich trifft das zu, während der Schulzeit gibt es Integrationshelfer, im Hortbereich nicht, das Personal ist dafür nicht ausgebildet, manchmal muss eine 1 zu 1 Betreuung stattfinden. Bei einer Betreuung von 20 Kindern, einschl. Hausaufgabenbetreuung ist das nicht möglich.
- weiterhin werden die Anforderungen und Dokumentationen immer höher, das Bildungsprogramm hat eine höhere Qualität bekommen, somit noch mehr Arbeit. Die QM-Thematik wird von den Leitern teilweise in der Freizeit gemacht, da es im normalen Betrieb nicht möglich ist, zusätzliche Stunden gibt es dafür nicht. Dadurch haben die Leiter sehr viele Überstunden.

Herr Krull

- zum 01.12.2016 wird es die VO über den Inhalt von Vereinbarungen und den Betrieb von Kindertageseinrichtungen geben. Im § 7 Abs. 3 Ziff. 6 wird stehen, dass es eine Freistellung pro 100 Plätzen geben wird.
- Inklusion ist ein großes Problem, macht dazu Ausführungen (bspw. Zuständigkeit, Bundesteilhabegesetz, zentrale Einrichtungen).

Frau Dammering

- wenn die Kinder in zentrale Einrichtungen gehen, ist es keine Inklusion mehr.

Herr Krull

- ist realistisch, es wird keine Lösung für alle Einrichtungen geben.
- Thema Personalgewinnung, hier sollte die bundesweite Vergütung eingeführt werden.

Herr Hoße

- nimmt zur Kenntnis, dass die meisten Probleme erkannt sind.
- Ausfallzeiten müssen mit berücksichtigt werden.
- Inklusion muss im Einzelfall entschieden werden.

Herr Krull

- Problem für das Land ist auch die unterschiedliche Auslastung im Land.
- die Altersstruktur der Erzieher/innen in den Kitas ist 45 plus.

Frau Wiese

- möchte die Zuständigkeit vom Landkreis zurück zur Stadt, auch im Hinblick auf die Gebühren. Bspw. treffen nicht alle Vorgaben vom Landkreis für die Stadt zu.
- stundenweise Erhebung von Gebührensätzen ist zu viel Aufwand und nicht praktikabel, Halb- und Ganztagsbetreuung wäre besser. Strukturen sollten vereinfacht werden, damit die Verwaltungsarbeit wegfällt.
- Ausbildung der Erzieher ist sehr lang. In der staatlichen Schule in Magdeburg werden nur 2 Klassen unterrichtet und sehr viele bei privaten Trägern ausgebildet, was teuer ist.

Herr Krull

- kann sich mehr Mitsprache der Gemeinden bei den Verhandlungen des Landkreises mit den Trägern in der Novellierung vorstellen.

Frau Nachtigall (Kitaleiterin Groß Rodensleben)

- die Umsetzung der Betreuungsstunden ist sehr umständlich, bzw. nicht möglich.

Herr Szameitpreuß

- ist es beabsichtigt, den Ganztagsanspruch abzuschaffen oder zu ändern, um auch Kosten zu sparen.

Herr Krull

- in der Fraktion wird derzeit diskutiert, dass es einen grundsätzlichen Anspruch von 7-8 Stunden geben sollte, für Erwerbstätige 10 h.

Herr Telschow

- verweist auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung und fragt, ob es Überlegungen gibt, den Betreuungsschlüssel zu ändern.

Herr Krull

- wenn man in Sachsen-Anhalt den Betreuungsschlüssel analog der Bertelsmann-Stiftung umsetzen würde, macht das einen Mehrbedarf von 8.900 Erzieherinnen/Erzieher und Mehrkosten von 408 Mio. Euro aus. Derzeit werden in Sachsen-Anhalt ca. 800 Mio. ausgegeben.
- der Bund beabsichtigt im nächsten Jahr ca. 1 Mrd. mehr Geld in die Qualität der Kinderbetreuung zu investieren und somit würden das für Sachsen-Anhalt zusätzliche 27 Mio. Euro bedeuten.
- hält den Betreuungsschlüssel in Sachsen-Anhalt tatsächlich für verbesserungswürdig.

Herr Telschow

- ist bewusst, dass es nicht von heute auf morgen geht, aber man muss Ziele haben, die irgendwann auch erreicht werden.

Herr Krull

- sein Ziel ist es, dass die Betreuungsschlüssel nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch genügend Reserven vorhanden und eingeplant sind.

Herr Hoße

- wie weit denkt man ernsthaft über die Änderung eines Personalschlüssels nach?

Herr Krull

- kann und möchte keine Versprechen machen.

Frau Dammering

- das Problem ist auch, dass mehr Personal vorhanden sein muss, um auch Spitzen abzudecken, dafür kann nur der Mindestpersonalschlüssel angerechnet werden, der Rest bleibt bei der Gemeinde. Springer müssen für Urlaubsvertretung und Krankheitsfälle da sein.
- ehem. Finanzierung nach Fachpersonal und Kapazität der Einrichtung wäre sinnvoller (KiBeG).

Herr Krull

- nimmt dies mit auf.
- steht bei Bedarf für weitere Fragen zur Verfügung.

Herr Schmidt

- bedankt sich bei Herrn Krull und für die Fragen und bittet Herrn Krull und Frau Schindler im Anschluss an die öffentliche Sitzung noch weiterhin bei der Sitzung zu bleiben.

TOP 5 - Anfragen, Anregungen, Mitteilungen der Mitglieder des Sozialausschusses

Herr Jackowicz

- spricht noch einmal die Schließung der Schwimmbäder bei 30 °C an und wünscht sich zu einer der nächsten Sitzungen, dass Herr Küpper eingeladen wird und Stellung bezieht.
- bittet darum, einen der nächsten Ausschüsse in der Bibliothek Klein Wanzleben durchzuführen.

Herr Schmidt

- unterstützt den Vorschlag, die Sitzung in der Bibliothek durchzuführen.
- es muss dem Bademeister selbst überlassen sein, ob er schließt.

Frau Wiese

- weiß, dass heute auch Elternvertreter anwesend sind, findet es aus diesem Grund auch gut, dass heute die beiden Landtagsabgeordneten anwesend sind und kann es zwar nachvollziehen, dass sich die Eltern an die Stadt wenden, ist dennoch der Meinung, dass die Personalsituation der Lehrer und pädagogischen Mitarbeiter Sache des Landes ist. Es kann nicht sein, dass Unterricht ausfällt (Englisch), die Kinder wollen ans Gymnasium und haben dann keine Vorkenntnisse, das ist unzumutbar.
- das Problem kann nicht von heute auf morgen geändert werden, es müssen dennoch Lösungen gefunden werden, dass zumindest der Fachunterricht stattfinden kann.
- Appell an die Eltern, dass sie ihre Möglichkeiten nutzen (Anschieben an das Ministerium für Bildung) .

Bürgerin aus Wanzleben

- es wird an der GS Wanzleben keine PM-Kraft mehr geben, die Kinder können nicht betreut werden, wenn Unterricht ausfällt. Auch hier fällt Englisch aus.

Frau Schindler

- das Problem ist nicht nur in der Stadt Wanzleben – Börde.
- hat mit Minister Tullner gesprochen. Der Abzug der pädagogischen Mitarbeiter zu den Förderschulen soll zum 01.01.2017 rückgängig gemacht werden, da 50 neue PM-Stellen für die Förderschulen geschaffen werden.
- für bereits ausgeschriebene Stellen gibt es teilweise keine Bewerber.

Herr Krull

- spricht noch einmal mit Herrn Tullner. Fragt nach, um welche Schule es sich handelt.

Herr Pluntke

- es betrifft alle Grundschulen in der Stadt Wanzleben – Börde.

Lehrerin aus Domersleben

- mussten zwei Kollegen an Niederndodeleben abgeben und gleichzeitig wurde die PM abgeordnet. Im Ergebnis wurden Klassen zusammengelegt um den Unterricht halbwegs durchzuführen.

Herr Hoße

- wundert sich, fragt wie es dazu kommt.
- die bekannten Kollegen (PM) sollen zurückkommen.
- es handelt sich um ein Grundsatzproblem.

Herr Schmidt

- es lag an der allgemeinen Politik, nicht nur bei Lehrern.
- es gab keine Neueinstellung.

Frau Wiese

- die Kinder sind unsere Zukunft, in die Bildung müssen wir investieren.
- wenn es in der Grundschule schon fehlt, wird es in den weiterführenden Schulen noch schwerer.
- es ist erschreckend, wie hier gespart wurde.

Herr Schmidt

- schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.



R. Schmidt
Ausschussvorsitzender



K. Pluntke
Protokollant